

# dbb informiert

als Spitzenorganisation der  
Fachgewerkschaften im öffentlichen Dienst



Ausgabe vom 20. Juni 2017

## Themen dieser Ausgabe

- Nach den Landtagswahlen: dbb sh gratuliert den Abgeordneten Seite 2
- dbb sh warnt vor oberflächlicher Betrachtung des Rechtsstaates Seite 3
- Gewalt gegen Beschäftigte nicht tatenlos zusehen Seite 4
- dbb Bundesjugendtag mit schleswig-holsteinischem Stempel Seite 5
- dbb Landesjugendtag wählt neue Landesjugendleitung Seite 6
- Hauptversammlung der Landesfrauenvertretung Seite 7
- Arbeiten und Gestalten im Zeitalter der Digitalisierung Seite 8
- Digitalisierung von Personalakten – Voraussetzungen beachten Seite 9
- dbb sh richtet Arbeitsgruppe zur mobilen Arbeit ein Seite 9
- Wir über uns / Kontakt Seite 10



## Welches Gesicht wird uns Jamaika zeigen?

Die Wahl ist gelaufen. Die Konsequenzen für den öffentlichen Dienst aber noch nicht. Der von den designierten Koalitionspartnern CDU, FDP und Grünen verhandelte Koalitionsvertrag geht nur auf wenige Bereiche ein, bleibt insgesamt aber unkonkret. Wir werden also weiter Überzeugungsarbeit für einen komplett starken öffentlichen Dienst leisten.

### Impressum

Herausgeber: dbb schleswig-holstein - Muhliusstr. 65, 24103 Kiel,  
Telefon: 0431/675081, Internet: [www.dbbsh.de](http://www.dbbsh.de), E-Mail: [info@dbbsh.de](mailto:info@dbbsh.de)

Redaktion/ViSdP: Kai Tellkamp

Fotos: eigene Bilder, fotolia (rudall30, psdesign1), pixabay, NDR

## Nach der Landtagswahl: dbb sh gratuliert den Abgeordneten und weist auf dringende Erfordernisse hin

Unmittelbar nach den Landtagswahlen hat der dbb sh den gewählten Abgeordneten gratuliert und ein gutes Gelingen dabei gewünscht, die bestmöglichen politischen Entscheidungen für Schleswig-Holstein zu treffen.

Da sich sehr viele Entscheidungen auf den öffentlichen Dienst auswirken werden – weil sie die Kolleginnen und Kollegen direkt betreffen oder von ihnen ausgeführt werden müssen – haben wir den Landtagsabgeordneten unsere Zusammenarbeit angeboten.

Denn eine erfolgreiche parlamentarische Arbeit ist nur möglich mit einem leistungsfähigen öffentlichen Dienst. Er steht für einen funktionierenden Rechts- und Sozialstaat sowie einen erfolgreichen Wirtschaftsstandort. „In diesem Zusammenhang ist es unverzichtbar, dass durch hinreichend attraktive Rahmenbedingungen qualifizierte Beschäftigte gewonnen und gebunden werden können“, heißt es in dem Schreiben des dbb sh.

Es besteht der Wunsch und das Angebot, zeitnah in Gespräche mit den neu konstituierten Fraktionen einzusteigen.

### Erwartungen konkretisiert

Gegenüber den Verhandlungsspitzen, insbesondere Daniel Günther (Fraktionsvorsitzender CDU), Wolfgang

Kubicki (Fraktionsvorsitzender FDP) und Monika Heinold (Spitzenkandidatin der Grünen und amtierende Finanzministerin) haben wir unsere Erwartungen mit Blick auf die Koalitionsverhandlungen beziehungsweise die neue Legislaturperiode präzisiert.

Dabei wurden vor allem die Themen „Politische Wertschätzung des öffentlichen Dienstes“, „Moderne Verwaltung“ und „Öffentliches Dienstrecht“ aufgegriffen.



Der dbb sh erwartet, dass die schwarz-grün-gelbe Koalition einen roten Faden erkennen lässt und eine Stärkung des öffentlichen Dienstes einfädelt

Gefordert wird dabei, eine konkurrenzfähige Attraktivität der Beschäftigungsverhältnisse zu gestalten und zu kommunizieren. Das bedeutet auch, dass beim Weihnachtsgeld und bei der Arbeitszeit nachjustiert werden muss. Zudem müssen sachgerechte Beförderungen und Laufbahngruppenaufstiegen möglich sein und nicht motivationsmindernd durch unzureichende Mittel oder zu hohe rechtliche Hürden verhindert werden.

## Koalitionsvertrag: dbb sh warnt vor oberflächlicher Betrachtung des Rechtsstaates

Der dbb sh hat den von CDU, Grünen und FDP ausgehandelten Koalitionsvertrag einer ersten Bewertung unterzogen und eine Pressemitteilung mit dem folgenden Wortlaut veröffentlicht:

Der dbb sh betrachtet den Koalitionsvertrag mit gemischten Gefühlen. Vermisst werden klare Aussagen für eine Stärkung und Stabilisierung des gesamten öffentlichen Dienstes. Dennoch wird eine Absegnung durch die Parteigremien befürwortet, damit die praktische Arbeit beginnen kann. „Dann wird sich zeigen, ob lose Bekenntnisse in konkreter Politik münden oder ob ungewohnte jamaikanische Hitze eher zu Erschöpfungszuständen führt“, so dbb Landesbundvorsitzender Kai Tellkamp.

Die Kritik des dbb richtet sich gegen eine unausgereifte Gewichtung des öffentlichen Dienstes im Koalitionsvertrag. „Wenn die Lebensbedingungen der Tiere eine größere Leidenschaft erfährt als die Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst, dann machen wir uns schon unsere Gedanken“, so Tellkamp. Ausnahmen sind allerdings Polizei und Justiz, wo eine Wertschätzung sowie Bekenntnisse zu einer angemessenen Personalausstattung zu verzeichnen sind. „Wir warnen aber vor einer oberflächlichen Betrachtung des Rechtsstaates“, so der dbb Landesbundvorsitzende. „Ein Rechtsstaat erfordert nämlich nicht nur das Funktionieren von Polizei und Justiz, sondern aller Bereiche, in denen Gesetze verlässlich umgesetzt werden müssen – und das

ist im Grunde die gesamte öffentliche Verwaltung. Da gibt es viele Bereiche, in denen ein Spagat zwischen Pflichtbewusstsein und Frust spürbar ist.“



Ein funktionierender Rechtsstaat beginnt bereits mit einer leistungsfähigen öffentlichen Verwaltung

Der dbb sh setzt darauf, dass diese Erkenntnis in der praktischen politischen Arbeit reift und in Themen wie Weihnachtsgeld, Arbeitszeit und Personalbudgets zum Ausdruck kommt. Letztendlich komme es darauf an, was konkret angepackt wird, nachdem der Koalitionsvertrag unterschrieben ist und die neue Landesregierung im Amt ist.

Auf positive Resonanz des dbb sh stoßen Vorhaben wie die Qualitäts-offensive für Kitas sowie die weitere Modernisierung der Verwaltung. Diese müsse sich an den Belangen der Bürgerinnen und Bürger sowie der Wirtschaft, aber natürlich auch an der Praktikabilität für die Beschäftigten orientieren. Dazu gehört zum Beispiel, dass die Chancen der Digitalisierung genutzt, aber damit verbundene Risiken wie die Entgrenzung von Arbeit und Freizeit verhindert werden.

## dbb-Aktivitäten münden in Ergebnissen: Zunehmender Gewalt gegen Beschäftigte nicht tatenlos zusehen

Seit geraumer Zeit setzt sich der dbb sh dafür ein, wirksam gegen die zunehmende Gewaltbereitschaft gegenüber Beschäftigten des öffentlichen Dienstes vorzugehen. Diese unschöne Entwicklung wurde auch von den Medien und vom Landtag aufgegriffen. Der dbb sh hat die damit verbundenen Möglichkeiten genutzt, seine Positionen und Forderungen der Öffentlichkeit und der Politik zugänglich zu machen. Unter anderem wurde eine umfassende Stellungnahme gegenüber dem Landtag abgegeben und eine Einladung in eine NDR-Sendung „Zur Sache“ angenommen. Inzwischen ist durchaus eine gewisse Bewegung zu verzeichnen:



Moderator Tim Radtke (l.) und dbb Landesbundvorsitzender Kai Tellkamp (r.) bei der NDR-Sendung zur Gewalt im öffentlichen Dienst

Zum einen wurden Verhandlungen geführt, um die Rechtsschutzrichtlinie des Landes zu überarbeiten. Darin wird geregelt, inwieweit das Land seinen Beschäftigten Rechtsschutz gewährt, wenn diese mit strafrechtlichen Verfahren infolge der Dienstausbübung konfrontiert sind. Über die erreichten Nachbesserungen informieren wir nach

der abschließenden Unterzeichnung und Veröffentlichung, die unmittelbar bevorsteht.

Zum anderen nehmen wir wahr, dass das Thema „Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst“ in vielen Dienststellen aufgegriffen wurde und wird, um einen möglichst guten Schutz zu gewährleisten. Zum Beispiel werden immer häufiger Beschäftigten für den Umgang mit problematischen Szenarien qualifiziert, außerdem gibt es vielerorts Ablaufpläne für Notfälle sowie Alarmsysteme. Derartige Maßnahmen sollten konsequent fortgesetzt werden.

### Warnung vor eingegengter Sichtweise

Ein erfolgreiches Vorgehen gegen Gewalt erfordert allerdings, dass eine zuweilen anzutreffende eingegengte Sicht auf diese Thematik nicht mehr stattfindet:

Erstens reicht es nicht aus, das Strafrecht anzupassen, es geht auch um Prävention und um Unterstützung von Opfern. Zweitens sind nicht nur die Polizei und andere Einsatzkräfte betroffen. Mit einer zunehmenden Gewaltbereitschaft sind auch Beschäftigte in Ordnungsämtern, Jobcentern, der Steuerverwaltung, der Sozialverwaltung, dem Justizdienst, den Schulen und etlichen weiteren Bereichen des öffentlichen Dienstes konfrontiert. Und drittens fängt das Problem nicht erst bei körperlicher Gewalt an, sondern bereits bei verbalen

Attacken oder Drohungen, die ebenfalls konsequent zur Anzeige gebracht werden sollten.

Für den dbb sh ist klar: Gewalt gegen Beschäftigten des öffentlichen Dienstes darf nicht toleriert werden, zumal sie

mit einer Schwächung des Staates, einem Attraktivitätsverlust des öffentlichen Dienstes und einem unwürdigen Umgang mit den dort beschäftigten Menschen verbunden ist.

## dbb Bundesjugendtag mit schleswig-holsteinischem Stempel

Die neue dbb Bundesjugendleiterin heißt Karoline Herrmann. Damit steht eine ehemalige Landesjugendleiterin des dbb sh an der Spitze der dbb jugend. Dass gewerkschaftliche Wurzeln aus Schleswig-Holstein eine gute Grundlage zu sein scheinen, zeigt auch die Wahl von Robert Kreyßing zum stellvertretenden Bundesjugendleiter – auch er begann in Schleswig-Holstein mit der Gewerkschaftsarbeit. Das gilt auch für den beim Bundesjugendtag als Tagungspräsident fungierenden Dirk Hirsch.



Beim dbb Bundesjugendtag: Tagungspräsident Dirk Hirsch, der stv. Bundesjugendleiter Robert Kreyßing, Bundesjugendleiterin Karoline Herrmann und dbb Landesbundvorsitzender Kai Tellkamp

Man kann also durchaus sagen, die dbb jugend profitiert von einer guten „Vorarbeit“ aus dem Norden. Allerdings – die Genannten haben in den letzten Monaten dem öffentlichen Dienst in

Schleswig-Holstein den Rücken gekehrt. Sie bekamen woanders bessere berufliche Perspektiven geboten. Karoline Herrmann arbeitet inzwischen in der Kommunalverwaltung in Mecklenburg-Vorpommern, Robert Kreyßing im Bundesbildungsministerium in Berlin und Dirk Hirsch als Stadtrat in Niedersachsen. Auch daran zeigt sich: Wir müssen im öffentlichen Dienst in Schleswig-Holstein für attraktive Arbeitsbedingungen und Karriere-möglichkeiten sorgen, damit die besten Köpfe nicht abwandern!

Neben Karoline Herrmann (komba gewerkschaft) und Robert Kreyßing (VBoB) gehören der neuen Bundesjugendleitung Liv Grolik (DPoIG), Patrick Pilat (VdStra) sowie Christoph Strehle (DStG) an. Die bisherige Bundesjugendleiterin Sandra Kothe kandidierte nicht erneut und wurde von den Delegierten mit „Standing Ovations“ verabschiedet.

Zu den Schwerpunkten der neuen Bundesjugendleitung wird die Generationengerechtigkeit, die institutionalisierte Partizipation junger Menschen sowie eine demografiefeste Personalpolitik zählen.

## dbb Landesjugendtag wählt neue Landesjugendleitung

Auch in Schleswig-Holstein kamen Delegierte der Gewerkschaftsjugend aus den dbb Fachgewerkschaften zusammen – und zwar anlässlich des 20. Landesjugendgewerkschaftstages in Kiel. Die neu gewählte Landesjugendleitung spiegelt die Vielfalt des öffentlichen Dienstes und der dbb Fachgewerkschaften wieder: Als Landesjugendleiter wurden Florian Reuße (DStG) bestätigt, als Stellvertreter wurden Ann-Kristin Krüger (GdS) sowie Kristin Seifert (komba) neu gewählt und Carsten Jacobsen (VdStra) sowie Michael Jasper (DStG) bestätigt.

Die beschlossenen Anträge und die Positionsbestimmungen der Kandidaten haben eindrucksvoll untermauert, dass unter dem Dach der dbb-jugend engagiert an gemeinsamen Zielen gearbeitet wird: es müssen in ausreichender Zahl Ausbildungsplätze vorhanden sein, die Ausbildungen müssen hochwertig und praxisgerecht sein und nach der Ausbildung müssen echte Chancen geboten werden, sich zu

entfalten und zu entwickeln – einschließlich guter Karriereoptionen.

Dies wurde auch in den Grußworten der Gäste deutlich. Die frisch gewählte Bundesjugendleiterin Karoline Herrmann und dbb Landesbundvorsitzender Kai Tellkamp sicherten der Landesjugendleitung ihre Unterstützung zu und ermunterten, sich mit ihren Ideen in die Arbeit der „Erwachsenen“ einzumischen.

Der Landesjugendtag hat gute Voraussetzungen geschaffen und bestätigt, um an die erfolgreiche Arbeit der dbb jugend schleswig-holstein anzuknüpfen zu können. Diese bisherige Arbeit wurde anhand des Geschäftsberichtes von Florian Reuße nochmals dargestellt. Sie reicht von Aktionen im Rahmen von Einkommensrunden über politische Gespräche und einem umfangreichen Seminarprogramm bis hin zu der Gremienarbeit und der Unterstützung der Fachgewerkschaften.



dbb Landesbundvorsitzender Kai Tellkamp mit der neuen Landesjugendleitung: Carsten Jacobsen, Ann-Kristin Krüger, Kristin Seifert Florian Reuße sowie Michael Jasper (v.l.n.r.)

## Hauptversammlung der dbb Landesfrauenvertretung: Stellenbesetzungsverfahren auf dem Prüfstand

Die diesjährige Hauptversammlung der dbb Landesfrauenvertretung fand in Kiel in der Schleswig-Holsteinischen Landesbibliothek statt. Die Vorsitzende Regina Heick konnte mehrere Gäste begrüßen, die mit ihren Grußworten aktuelle Informationen verknüpften:

dbb Landesbundvorsitzender Kai Tellkamp bescheinigte den dbb-Frauen, dass sie nicht nur eine große Gruppe des öffentlichen Dienstes repräsentieren – circa 60 Prozent der Beschäftigten bei Land und Kommunen sind weiblich – sondern auch wichtige Themen belegen, die gleichzeitig Gerechtigkeitsfragen sind. Dazu gehören Teilzeit/Teilzeitfalle oder die Vereinbarung von Familie und Beruf. Deshalb ist es wichtig, dass Frauen aktiv in die gewerkschaftlichen Entscheidungsprozesse eingebunden werden, dafür stehen die Türen beim dbb sh weit offen. Dies gilt auch für die Mitarbeit in verschiedenen Arbeitsgruppen, die eingerichtet werden, zum Beispiel zum Thema Stellenbesetzungsverfahren. Denn es erweist sich aus Sicht des dbb sh nicht nur als immer wieder problematisch, dass die relevanten Regelungen verstreut, komplex und häufig praxisfremd sind. Kritikwürdig ist darüber hinaus, dass Beurteilungsverfahren häufig in einer mittelbaren Diskriminierung münden, weil sich Teilzeitbeschäftigung und Elternzeit oft negativ auswirken.

Dieses Thema griff auch Sabine Schumann auf, die zum 2. Mal als stellvertretende Vorsitzende der Bundesfrauenvertretung in Kiel war. Sie stellte fest: Frauen werden ganz selbstverständlich von Männern beurteilt aber wie sieht es umgekehrt aus? Wichtige Instrumente sind Beurteilungsstatistiken und Frauenförderpläne.

Diese sind auch auf kommunaler Ebene ein Thema, worüber Yvonne Deerberg als hauptamtliche Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Preetz und Landessprecherin der GB auf kommunaler Ebene berichtete. Weiterhin ging sie auf eine kürzlich erfolgte Gesetzesänderung ein: Mit dem „Gesetz zur Sicherung der Arbeit der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten“ wurde klargestellt, dass die derzeit 66 hauptamtlichen Gleichstellungsbeauftragten (in Gemeinden oder Ämtern mit mehr als 15.000 Einwohnern) in Schleswig-Holstein in Vollzeit beschäftigt werden sollen. Zudem wurde das Widerspruchsrecht gegen Entscheidungen der Dienststellenleitung an die für Personalräte geltende Rechtslage angelehnt.



Die Vorsitzende der Landesfrauenvertretung Regina Heick mit Kai Tellkamp (dbb Landesbundvorsitzender) und Sabine Schumann (stv. Vorsitzende der Bundesfrauenvertretung)

Abschließend informierte Kollegin Waltraud Kriege-Weber die weiteren Teilnehmerinnen eindrucksvoll über ihren Arbeitsplatz, die Schleswig-Holsteinische Landesbibliothek. Ergänzend berichtete Herr Dr. Ahlers über landesgeschichtliche Sammlungen und Frau Dr. Maike Manske aus ihrem Fachgebiet „Handschriften“. Alle waren sich einig: Ein privater Besuch der Schleswig-Holsteinischen Landesbibliothek mit den umfassenden landesgeschichtlichen Sammlungen lohnt sich auf jeden Fall!

## Personalrat 4.0 - arbeiten und gestalten in Zeiten der Digitalisierung

Der dbb hat wieder ein mit aktuellen Themen bestücktes Forum zum Personalvertretungsrecht durchgeführt. Die Anwesenheit von über 250 Teilnehmern in Berlin zeigte, dass die Foren – inzwischen zum elften Mal angeboten – auf eine große Akzeptanz stoßen. Viele Teilnehmer kamen auch wieder aus Schleswig-Holstein.

Mit Spannung wird erwartet, ob die in der Veranstaltung aufgeworfene Frage, ob nämlich das aktuelle Personalvertretungsrecht den Digitalisierungsprozessen und neuen Arbeitsformen eigentlich noch gerecht wird, in einer Anpassung der Vorschriften für Personalratsarbeit mündet. Eine Reformdebatte erhält zusätzlich Nahrung durch die Ankündigung von Bundesinnenminister Thomas de Maizière, eine Novellierung des Bundespersonalvertretungsgesetzes anzupacken. Es bleibt abzuwarten, ob sich daraus Impulse auch für das schleswig-holsteinische Mitbestimmungsrecht ergeben, wobei die dort verankerte Allzuständigkeit der Personalräte neue Entwicklungen aber bereits grundsätzlich einbezieht.

Das dbb – Forum hat in diversen Vorträgen und Diskussionsrunden deutlich gemacht, dass der Digitalisierungsprozess weitere Facetten und Erfordernisse beinhaltet. So ist es unverzichtbar, die Beschäftigten zu qualifizieren und bereits die Ausbildungsinhalte anzupassen. Auch der Arbeitsschutz ist ein wichtiges Thema, zumal die Digitalisierung eine zusätzliche Gefahr hinsichtlich der Entgrenzung von Arbeit und Freizeit mit sich bringt. Weiterhin sind Auswirkungen auf Verwaltungsstrukturen zu erwarten: Der Bürger möchte die „eine Verwaltung“ erleben. Deshalb müssten die dazugehörigen

Berührungspunkte vereinfacht und Wege durch Vereinheitlichung verkürzt werden. Dennoch können die verschiedenen Organisationseinheiten nicht einfach aufgegeben werden, sie spielen als „Horte des Wissens“ eine unverzichtbare Rolle.

### dbb sh bezieht Position gegenüber dem Landtag

Auf derartige Chancen und Risiken hatte der dbb sh bereits gegenüber dem Landtag hingewiesen. Im Zuge einer Landtagsanhörung zur digitalen Agenda für Schleswig-Holstein wurde begrüßt, dass sich die Politik mit dem Thema auseinandersetzt. Allerdings haben wir auch konkrete Maßnahmen eingefordert, um den Digitalisierungsprozess in der öffentlichen Verwaltung steuern und nutzbar machen zu können. Stets zu beachten ist dabei, dass Technik den Menschen nur ergänzen, aber nicht ersetzen kann. Keine Technik der Welt kann zum Beispiel Einfühlungsvermögen und direkte Ansprache ersetzen. Zudem dürfen die vielen Beschäftigten, die nicht persönlich von der mobilen Arbeit profitieren können, nicht aus dem Blick verloren werden, zum Beispiel im Pflege-, Sozial- und Erziehungsbereich sowie in handwerklich geprägten Aufgaben.

Nochmals klargestellt hat der dbb sh natürlich auch: Voraussetzung für eine sinnvolle Nutzung der neuen technischen Möglichkeiten ist stets eine gute technische und personelle Ausstattung, sowie eine ebenenübergreifende Entwicklung von kompatiblen Verfahren und Strategien. Hier besteht noch erheblicher Nachholbedarf.



## Digitalisierung der Personalakten: Voraussetzungen beachten

Die digitale Personalaktenführung soll zu einer Verwaltungsvereinfachung bei der Personalverwaltung des Landes führen. Wie wir bereits berichtet hatten, wurde im Landesbeamten-gesetz die Beauftragung eines externen Dienstleisters für die Digitalisierung der Personalakten legitimiert. Dies betrifft den Prozess von der Abholung der Akten bis zur Übermittlung der elektronischen Daten.



Regina Heick vertritt als Beauftragte des dbb sh die Interessen der Beschäftigten bei den Projekten des Landes „Digitalisierung der Personalakten“ sowie „KoPers“

Da es sich um sensible Daten handelt, ist für den dbb sh die Beachtung des Datenschutzes von besonderer Bedeutung. Der Chef der Staatskanzlei hat in einem Schreiben bestätigt, dass

auch die diesbezüglichen Voraussetzungen eingehalten werden. Dabei bleibt die volle datenschutzrechtliche Verantwortung beim Auftraggeber, also beim Land. Auf der Grundlage der aktuellen Rechtslage wurden die vertraglichen Regelungen mit den Auftragnehmern angepasst. Dazu gehört auch, dass alle mit der Datenverarbeitung beauftragten Beschäftigten auf den Schutz der Personalaktendaten verpflichtet werden.

### dbb sh benennt Beauftragte

Über den Fortgang des Digitalisierungsprozesses wird der dbb sh regelmäßig informiert, um die Interessen der Mitglieder beachten zu können. Der dbb Landesvorstand hat Regina Heick, zugleich Vorsitzende der dbb Landesfrauenvertretung, federführend damit beauftragt. Soweit ein Handlungsbedarf entsteht, erfolgt stets eine enge Abstimmung mit dem Landesvorstand, der sich gegebenenfalls ergänzend einbringt. Das gleiche gilt für das Projekt „KoPers“, hinter dem sich die Einführung neuer Programme für die Personalverwaltung verbirgt.

## dbb sh richtet Arbeitsgruppe zur mobilen Arbeit ein

Die Themen „flexible Arbeitszeiten“ und „Digitalisierung“ werden unsere Arbeitsbedingungen in den nächsten Jahren stark beeinflussen. Der dbb sh möchte dabei für die Beschäftigten positive Effekte erreichen und negative Auswirkungen vermeiden. Aktuell wird angestrebt, in Schleswig-Holstein weitgehend einheitliche Rahmenbedingungen für das mobile Arbeiten zu schaffen. Dabei geht es um Möglichkeiten und auch Erfordernisse bezüglich der Arbeitsleistung außerhalb des eigenen Büros.

So hat der dbb sh eine Arbeitsgruppe eingerichtet, der Mitglieder der dbb-Fachgewerkschaften angehören. Zunächst wurden verschiedene Anforderungen an eine mögliche Vereinbarung mit dem Land zusammengestellt. Dabei geht es zum Beispiel um schlüssige Informationen für die Beschäftigten, den Arbeits- und Gesundheitsschutz, die Arbeitsmittel und die (möglichen) Auswirkungen auf Beurteilungen. Über die Verhandlungen beziehungsweise Ergebnisse werden wir selbstverständlich berichten.



**dbb**  
**beamtenbund**  
**und tarifunion**  
landesbund  
schleswig-  
holstein

**Kontakt:**

Muhliusstr. 65  
24103 Kiel

Telefon: 0431.67 50 81

Fax: 0431.67 50 84

E-Mail: [info@dbbsh.de](mailto:info@dbbsh.de)

Web: [www.dbbsh.de](http://www.dbbsh.de)

### Der dbb sh ist...

... die Spitzenorganisation der Fachgewerkschaften und -verbände des öffentlichen Dienstes in Schleswig-Holstein. Wir bündeln gemeinsame Interessen unserer Mitgliedsorganisationen, die wir mit der Kraft unserer Solidargemeinschaft vertreten. Bundesweit setzen über 1,2 Millionen Mitglieder auf die Kompetenz des dbb beamtenbund und tarifunion. Das macht uns stark.

### Wir setzen uns unter anderem ein für...

- den Erhalt des Berufsbeamtentums und den daneben bestehenden Tarifbereich
- eine faire Bezahlung sowie realistische Aufstiegschancen
- eine aufgabengerechte Personal- und Sachausstattung
- familienfreundliche, gesundheitsbewusste und alter(n)sgerechte Arbeitsbedingungen
- ein positives Image und eine hohe Wertschätzung des öffentlichen Dienstes
- eine sichere und auskömmliche Altersversorgung

### Wir können Ziele erreichen und Leistungen erbringen, indem...

- wir uns in beamtenrechtlichen Beteiligungsverfahren für ein fortschrittliches Beamtenrecht einschließlich Besoldungs- und Versorgungsanpassungen stark machen
- der dbb als anerkannter Tarifpartner im öffentlichen Dienst Tarifverträge durchsetzt
- wir unseren Forderungen durch Aktionen – für Tarifbeschäftigte auch als Streiks mit Streikgeldunterstützung – Nachdruck verleihen
- wir mit guten Argumenten gegenüber der Politik, relevanten Ministerien und Verbänden sowie durch Öffentlichkeitsarbeit für den öffentlichen Dienst eintreten
- wir über aktuelle Entwicklungen und Handlungsempfehlungen kompetent informieren
- wir im Rahmen unseres Rechtsschutzes individuelle Ansprüche prüfen und durchsetzen
- wir ein Seminarprogramm für den öffentlichen Dienst in Schleswig-Holstein mit günstigen Konditionen auf die Beine stellen
- wir die Personalräte unterstützen, unter Beachtung ihrer Eigenständigkeit und Unabhängigkeit
- wir umfangreiche und kostengünstige Vorsorge- und Konsumangebote anbieten

### Sie können davon profitieren, wenn...

... sie Mitglied in einer der Fachgewerkschaften oder -verbände des dbb sind oder werden. Nur Mitglieder stärken unsere Durchsetzungsfähigkeit, die Lage der Beschäftigten und damit auch sich selbst. Nur Mitglieder können für sich Verbesserungen und Perspektiven erwarten.

Unsere Mitgliedsgewerkschaften gewährleisten mit ihrer Berufsgruppenorientierung einen hohen Praxisbezug zu niedrigen Beiträgen. Gern beraten wir Sie, welche dbb-Gewerkschaft am besten zu Ihnen passt!